



Wirtschaft gesund sparen ist unmöglich!

15 PartnerInnen aus den verschiedensten Institutionen haben die überparteiliche Initiative „UMWELT + BAUEN“ ins Leben gerufen. Darin erklärtes Ziel ist, die Politik und die Öffentlichkeit von der unbedingten Notwendigkeit intelligenter, nachhaltiger Investitionen in gemeinsam erarbeitete Maßnahmen zum Wohle unserer Umwelt und Wirtschaft zu überzeugen - die PartnerInnen haben dazu insgesamt 4 Kernziele gemeinsam mit 50 ExpertInnen erarbeitet.

Die Ausgangslage für Investitionen in UMWELT und BAUEN ist derzeit denkbar schlecht: Die Sanierungsrate liegt nach wie vor bei nur rund 1%, das Erfolgsmodell des „Sanierungsschecks“ ist ausgelaufen, die Energiestrategie 2020 in Diskussion und die Nachhaltigkeit – die zukunfts-wirksame Vernetzung von Umwelt, Sozialem und Wirtschaft – droht der Budgetsanierung geopfert zu werden. So können die von der Bundesregierung vereinbarten, sicherlich notwendigen Klimaziele (Kyoto-Ziele) nicht erreicht werden. Alleine deren Verfehlen kostet dem Steuerzahler bis 2012 laut WIFO mindestens 500 Millionen EURO. Zusätzlich führt die Aufhebung der Zweckbindung der Wohnbauförderung zu Rückgängen im arbeitsplatzintensiven und konjunkturell wichtigen Bereich, dem Wohnbau. Die österreichische Wirtschaft befindet sich nach wie vor in einem labilen Zustand, wodurch auch Beschäftigung und Ausbildung in Zukunft gefährdet sind.

Wenn von der Politik – ausgehend von der Bundes- bis zur Gemeindeebene – hier keine Maßnahmen gesetzt werden, folgt auf die Klima-, Finanz- und Wirtschaftskrise auch noch eine Sozialkrise. Und dabei ist Sparen alleine sicherlich keine Lösung, sondern verhindert nur eine Wachstumssteigerung und erhöht die Arbeitslosigkeit. Die weltweiten Krisen zeigen deutlich, dass es ein zielstrebigeres und beherrzteres Vorgehen auf allen Ebenen als in der Vergangenheit geben muss! Nur dann können die ökonomischen, ökologischen und sozialen Standards in Österreich gehalten und verbessert werden.

„Unsere Kinder haben eine lebenswerte Zukunft verdient, das sind wir ihnen schuldig!“

Dazu haben alle Partner, gemeinsam mit 50 Expertinnen aus dem Bereich „UMWELT + BAUEN“, ein Maßnahmenpaket in Form von vier Kernzielen entwickelt. Diese sind:

- Steigerung der Sanierungsrate
- Neubauangebot an leistbaren Wohnungen erhöhen
- Umstieg auf erneuerbare Energieträger
- Bau von zukunftsweisenden öffentlichen Verkehrsverbindungen und Bildungseinrichtungen

Der Koordinator der Initiative „UMWELT + BAUEN“ **Abg. z. NR Josef Muchitsch**: *„Jetzt ist es wichtig, die Politik von den notwendigen Zielen unserer Nachhaltigkeitsinitiative UMWELT + BAUEN zu überzeugen.“*

„Wir profitieren noch heute von den Investitionen, die in der Vergangenheit getätigt worden sind! Um die Wirtschaft anzukurbeln, Arbeitsplätze zu sichern und unseren Kindern eine lebenswerte Zukunft zu schaffen, müssen wir jetzt intelligent in UMWELT + BAUEN investieren“, sind sich alle Partner einig.

Auch die oberösterreichischen Sozialpartner stehen voll hinter „UMWELT + BAUEN“. *„Wir müssen österreichweit an einem Strang ziehen und gleiche Voraussetzungen für Investitionen in Umwelt- und Baumaßnahmen schaffen. Nur so können wir die Klimaziele erreichen und Arbeitsplätze sichern bzw. schaffen“,* sind sich **Landesinnungsmeister-Stellvertreter Ing. Herbert Pichler** und **Harald Dietinger**, Gewerkschaft Bau-Holz, einig und begrüßen diese gemeinsame bundesweite Aktion.

Rückfragen:

Koordination Gewerkschaft Bau-Holz, Stv. Bundesvorsitzender **Abg. z. NR Josef Muchitsch**, Tel. 0664/614 55 42, josef.muchitsch@gbh.at
Pressestelle Umwelt + Bauen: GBH-Presse, Thomas Trabi, Tel. 0664/614 55 17, thomas.trabi@gbh.at



UMWELT + BAUEN: Die 4 Kernziele im Detail

Steigerung der Sanierungsrate

Speziell bei Ein- und Zweifamilienhäusern aus der Bauperiode 1945-1980 sowie bei öffentlichen und gewerblichen Gebäuden gibt es hohen Sanierungsbedarf. Um die von der Bundesregierung angestrebte Sanierungsrate von 3 % zu erreichen, bedarf es daher zusätzlicher Fördermittel im Ausmaß von jährlich 300 Mio. Euro für die thermische Sanierung. Der erfolgreiche Sanierungsscheck muss fortgesetzt und weiter ausgebaut werden. Damit würden ein Investitionsvolumen für die Gebäude- und Heizungssanierung von rd. 2 Mrd. Euro ausgelöst, Arbeitsplätze geschaffen und gesichert sowie mindestens 150.000 Tonnen CO₂-Einsparung pro Jahr bewirkt werden.

Interessant daran ist, dass der Finanzminister durch die Investitionen doppelt so hohe Einnahmen aus Steuern (Umsatz- und Lohnsteuer) lukrieren könnte, als an Förderungen nachträglich ausgeschüttet werden. Darüber hinaus sind vernünftige Reformen in Bau-, Wohn- und Steuerrecht dringend notwendig. **Wir müssen uns die Frage stellen, in welchem Zustand wir die Gebäude unseren Kindern übergeben.**

Neubauangebot an leistbaren Wohnungen erhöhen

Auch die Absicherung des Wohnbauförderungssystems durch eine bedarfsgerechte Dotierung der Wohnbauförderungsbudgets der Länder stellt eines der angestrebten Ziele dar. Dafür sind als Mindestausmaß 2,8 Milliarden Euro wie im Jahr 2008 notwendig. Aus diesem Grund muss die Zweckbindung und Indexierung der Wohnbauförderungsmittel für Neubau und Sanierung wieder eingeführt werden. Unterstützung bekommt die Initiative von zahlreichen WirtschaftsexpertInnen, welche die Umsetzung effizienter Maßnahmen zur Ankurbelung der Konjunktur empfehlen. Der arbeitsplatzintensive Bereich des Wohnbaus mit rund 135.000 Beschäftigten ist dafür bestens geeignet. Als Beispiel dafür sei angeführt: **Die Miete inkl. Betriebskosten für eine 70m²-Wohnung mit Wohnbauförderung beträgt EUR 458,- ohne Förderung macht sie EUR 735,- aus. Die „Wirtschaftslokomotive“ Bau löst alleine im privaten Wohnbau Ausleihungen in Höhe von 95 Milliarden Euro aus. Das sind 66% aller privaten Kredite.**

Umstieg auf erneuerbare Energieträger

Ein 34 %-Anteil an erneuerbaren Energieträgern am Bruttoendenergieverbrauch ist das Ziel der österreichischen Bundesregierung, Österreich hat sich mit dem Energie- und Klimaprojekt der EU (20-20-20-Ziele) auch dazu verpflichtet. 2005 wurde vom Umweltbundesamt ein Anteil von 24,4 % ausgewiesen, die aktuellste Studie 2008 weist einen Anteil von 28,8 % an erneuerbaren Energieträgern aus. Weitere Maßnahmen wie Investitionen in Forschung, Entwicklung und Ausbau der erneuerbaren Energie sind dazu notwendig. Eine Umstellung der derzeit ca. 600.000 alten Heizsysteme auf erneuerbare Energien muss ebenfalls forciert werden. Diese Investitionen würden große Umweltschutzeffekte für die Zukunft nach sich ziehen und zusätzlich dazu beitragen, Österreich als Innovationsvorreiter zu etablieren und Tausende Arbeitsplätze zu sichern. **In diesem Bereich muss das Ziel die Kombination von baulichen und energietechnischen Sanierungsmaßnahmen sein. Denn: Für Österreich werden im Hinblick auf das Nichterreichen der Klimaziele der EU bis 2020 Zukäufe von Emissionszertifikaten in Höhe von 531 Mio. Euro laut WIFO prognostiziert.**

Bau von zukunftsweisenden öffentlichen Verkehrsverbindungen und Bildungseinrichtungen

Investitionen in nachhaltige Verkehrsinfrastruktur und notwendige zeitgemäße Bildungseinrichtungen sind das Fundament für eine Zukunft mit Perspektiven für unsere Jugend. Gerade beim größten CO₂-Verursacher, dem Verkehr, gilt es, weiterhin in einen attraktiven Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs zu investieren. Laut Klimaschutzbericht des Umweltbundesamtes ist die größte Steigerung bei den CO₂-Emissionen im Verkehrsbereich zu verzeichnen (CO₂-Äquivalente in Mio. von 14,0/1990 auf 22,6/2008 – ergibt eine Steigerung von 61,95 %). Außerdem sind Investitionen in unsere Bildungsstätten zur Erreichung eines modernen Standards – um vom europäischen Bildungsmittelfeld zur Spitze zu gelangen – sind unumgänglich. Je früher Investitionen in den Bau bzw. die Sanierung von Verkehrswegen und Bildungseinrichtungen getätigt werden, umso günstiger und nachhaltiger sind diese für die öffentliche Hand. **So kann zum Beispiel bei gleich hohem Energieverbrauch eine Gütertonne auf der Schiene 300 km aber auf der Straße nur 100 km transportiert werden.**

Service:

Folder „UMWELT + BAUEN“ mit Statements sämtlicher PartnerInnen
Folder „Thermische Sanierung – Die intelligente Art Geld zu sparen“



Mag. Andreas Oberhuber,
Bauen und Planen

Forschungsgesellschaft für Wohnen,

„Mit einer ausreichenden Dotierung und Zweckbindung der österreichischen Wohnbauförderung können zahlreiche wesentliche Zielsetzungen erreicht werden. Die auch im internationalen Vergleich hervorragenden und vor allem nachhaltigen Wirkungsweisen des Systems der österreichischen Wohnbaufinanzierung sollten keinesfalls einer rigorosen Einsparungspolitik zum Opfer fallen.“

Mag. Franz Roland Jany, Gemeinschaft Dämmstoff Industrie

„Die thermische Sanierung ist nach den Erfahrungen von 2009 das sinnvollste wirtschaftspolitische Instrument, das der Politik in Zeiten des Sparens zur Verfügung steht, um Erlöse und Wohlstand zu schaffen. Sie verringert Energieverschwendung und senkt CO₂-Emissionen. Sie schafft mehr Wertschöpfung, mehr Jobs, mehr Versorgungssicherheit, mehr Kaufkraft und mehr Wohnkomfort für die Haushalte. 300 Millionen Euro pro Jahr für die thermische Sanierung bis 2020 werden zum Perpetuum Mobile, das sich selbst antreibt und multipliziert.“

Dipl.-Ing. Roger Hackstock, Verband Austria Solar

„Oberösterreich ist seit vielen Jahren das Solarland Nr. 1 in Österreich. Gemäß Landesregierungsbeschluss soll bis 2030 die komplette Raumwärmeversorgung im Bundesland auf Erneuerbare Energie umgestellt werden. Dazu müssen die zahlreichen alten Heizungen in den Haushalten erneuert und auf erneuerbare Energie umgestellt werden. Neben den Instrumenten des Landes ist der Sanierungsscheck des Bundes ein effektives Instrument um dieses Ziel zu erreichen. Wird der Sanierungsscheck auf Gebäude und Heizung erweitert, so werden tausende private Investitionen ausgelöst, die zum Klimaschutz beitragen und zugleich Arbeitsplätze in oberösterreichischen Betrieben schaffen. Die Fortführung eines erweiterten Sanierungs-Heizungs-Schecks würde gerade Oberösterreich konkrete Vorteile bringen.“

Dr. Margarete Cerny, Wirtschaftsforschungsinstitut

„Wir begrüßen die Initiative UMWELT + BAUEN als Informationsplattform, um das Bewusstsein für Nachhaltigkeit und Bauen in der Öffentlichkeit zu stärken. Nur durch ein gemeinsames Zusammenwirken können die notwendigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um Hemmnisse abzubauen und unsere Zukunft besser nachhaltig zu gestalten und zu bauen!“

Dir. Frank Schneider, Gemeinnützige Landeswohnungsgenossenschaft für OÖ

„Die Gemeinnützigen Wohnbauunternehmungen sind Vorreiter im Bereich der Wohnhaussanierung und ein Garant für leistbares Wohnen in Oberösterreich. Ziel für die Zukunft muss sein, dass das in Europa einzig-artige österreichische Wohnbauförderungssystem abgesichert wird und in weiterer Folge eine bedarfs-gerechte Dotierung der Wohnbauförderung in Oberösterreich gewährleistet ist.“

DI Dr. Markus Hofer, Innungsgeschäftsführer/Geschäftsstelle Bau/WKO Oberösterreich

„Bauproduktion und Auftragsbestände sind in Oberösterreich bereits rückläufig – verstärkte Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Beschäftigung sind notwendig! Nach Berechnungen der Statistik Austria erwirtschafteten die oberösterreichischen Hoch- und Tiefbauunternehmungen in der Berichtsperiode Jänner bis April 2010 einen Bauproduktionswert von 737 Mio. Euro. Dieser Wert liegt um 6,4 Prozent unter dem Vorjahreswert. Auch die Auftragsbestände in Oberösterreich sind leider rückläufig: Sie gingen per Ende April 2010 um 12,8 % im Vergleich zum Vorjahresmonat zurück. Aufgrund der engen Verflechtungen mit anderen Branchen kommt der Bauwirtschaft eine Schlüsselposition in Bezug auf Beschäftigung und Wirtschaftswachstum zu. Zur Aufrechterhaltung der Beschäftigung insgesamt in (Ober)Österreich sind daher verstärkte Maßnahmen aller Beteiligten notwendig.“

Harald Dietinger, Gewerkschaft Bau-Holz Oberösterreich

„Arbeitsplätze schaffen ist das Gebot der Stunde. Der Baubereich bietet eine Fülle an Möglichkeiten, intelligent zu investieren, Arbeit zu schaffen, die Wirtschaft zu beleben und gleichzeitig die Umwelt zu schonen. Viele oberösterreichische Gemeinden können aber wegen finanzieller Probleme ihre bereits fertig geplanten Projekte nicht umsetzen. Die öffentliche Hand ist gefordert. Denn Investitionen in den Gemeinden – vom Wohnbau über Straßen bis zu Freizeiteinrichtungen – schaffen für viele Menschen gute Arbeitsplätze und sind nicht nur wirtschaftlich sinnvoll, sondern steigern auch die Lebensqualität.“

Ing. Herbert Pichler, Landesinnungsmeister-Stv. der Landesinnung Bau OÖ

„Bekämpfung der Schattenwirtschaft – Keine reinen Materialrechnungen mehr anerkennen! Ähnlich wie es bei Sonderausgaben im Steuerrecht schon seit vielen Jahren erfolgreich angewendet wird, sollten auch bei der Wohnbauförderung keine reinen Materialrechnungen mehr anerkannt werden, sondern nur mehr solche mit einem der Förderung entsprechenden Arbeitskostenanteil. Dies würde die Schattenwirtschaft wirksam bekämpfen und somit über gestiegene Steuern und Abgaben auch klare positive Anreize für die öffentlichen Haushalte bieten.“



UMWELT +
PartnerInnen der

BAUEN: Die
Initiative

Abg. z. NR Josef Muchitsch, Gewerkschaft Bau-Holz (GBH)
BIM Ing. Hans-Werner Frömmel, Bundesinnung Bau (WKO)
Mag. Robert Schmid, Fachverband Steine-Keramik (WKO)
Dr. Klaus Kastenhofer, GLOBAL 2000
Dr. Werner Muhm, Arbeiterkammer (AK)
DI Walter Hüttler, Energie Markt Analyse GmbH (e7)
Mag. Andreas Oberhuber, Forschungsgesellschaft für Wohnen, Bauen und Planen (FGW)
Mag. Franz Roland Jany, Dämmstoff Industrie (GDI)
Dr. Wolfgang Amann, Institut für Immobilien, Bauen und Wohnen (IIBW)
Mag. Bernhard Achitz, Österreichischer Gewerkschaftsbund (ÖGB)
Dr. Josef Schmidinger, Arbeitsforum österreichischer Bausparkassen
DI Roger Hackstock, Verband Austria Solar
Mag. Karl Wurm, Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen (GBV)
Mag. Michael Steibl, Vereinigung Industrieller Bauunternehmungen (VIBÖ)
Dr. Margarete Czerny, Bauexpertin, Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO)